

Drittweltbewegung und der IWF : Feststellungen nach der entwicklungspolitischen Tagung vom 3. März in Bern 1988 : unterschiedliche Positionen - unterschiedliche Strategien

Autor(en): **Bosshard, Peter**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik**

Band (Jahr): **8 (1988)**

Heft 15

PDF erstellt am: **20.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-652113>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Drittweltbewegung und der IWF

Feststellungen nach der entwicklungspolitischen Tagung vom 3. März in Bern 1988: Unterschiedliche Positionen — unterschiedliche Strategien

Als einer der wichtigsten Finanzplätze der Welt ist die Schweiz nicht im Internationalen Währungsfonds (IWF) vertreten. Wirtschaft und Regierung möchten diesen Beitritt schon seit langem nachholen. 1982 erklärte der Bundesrat, er wolle „zu gegebener Zeit“ Mitglied beim IWF und bei der Weltbank werden. Innerhalb der entwicklungspolitischen Szene ist die Haltung gegenüber einem solchen Beitritt eine der wenigen wirklich umstrittenen Fragen. Welches sind die Gründe für die unterschiedlichen Positionen? Welche längerfristigen Strategien stehen dahinter? Eine Diskussion solcher Fragen fand bisher kaum statt. Der folgende Beitrag möchte sie — aus der Sicht eines Beitritt-Gegners — eröffnen.

Für den Drang von Bundesrat und Wirtschaft hin zum IWF gibt es drei hauptsächliche Gründe.

Erstens: Die schweizerische *Exportindustrie* verdankt der Weltbank (die mit dem IWF liiert ist) jedes Jahr Aufträge in der Höhe von mehreren 100 Mio. Franken. Wenn die Schweiz den beiden Institutionen nicht bald beitritt, sind diese Aufträge (zumindest teilweise) in Gefahr. Zweitens ist die Verschuldungspolitik des Währungsfonds auch für die *Schweizer Banken* von grosser Bedeutung — ohne dass diese dessen Entscheide (direkt oder indirekt) mitbeeinflussen könnten. Und drittens genießt die offizielle Schweiz wegen ihres Abseitsstehens unter den Industrieländern ein wenig den *Ruf eines Trittbrettfahrers*. Das dürfte ihre Stimme auch in anderen währungspolitischen Fragen gelegentlich schwächen.

Aus Angst vor einem (wahrscheinlich erfolgreichen) Referendum wagte

es der Bundesrat jedoch bisher nicht, einen Beitritt konkret vorzuschlagen. Stattdessen zog er es in den vergangenen Jahren vor, sich dem IWF auf Schleichwegen anzunähern. Seit 1984 ist die Schweiz Mitglied des 10er Klubs, welcher ein finanzielles Reservepolster des Währungsfonds bildet. Sie finanziert immer mehr Projekte und Programme der IDA und trat 1987 auch der MIGA (einer neuen Weltbank-Tochter zum Schutz von Auslandsinvestitionen) bei. Im kommenden Herbst wird der Bundesrat dem Parlament zudem eine Vorlage präsentieren, wonach die Schweiz 380 Mio. Franken direkt an die sogenannte Strukturanpassungsfazilität des IWF bezahlen soll. (Diese neue Kreditlinie vergibt Darlehen zu weichen Rückzahlungsbedingungen als bisher.)

Es ist verständlich, dass der Bundesrat den IWF-Beitritt (vorläufig) nicht forcieren will. Scheitern würde eine solche Vorlage an einer (zugegebenermassen unheiligen) Allianz von entwicklungspolitischen und isolationistischen Kreisen. Die wichtigsten *Vertreter des Widerstands* gegen einen Beitritt waren bisher die „Erklärung von Bern“ (EvB) und die „Aktion Finanzplatz Schweiz – Dritte Welt“. Auch die SPS hat an ihrem Parteitag von 1986 beschlossen, eine allfällige IWF-Vorlage zu bekämpfen. (Dies geschah gegen den Willen des Parteizentrums, aber mit sehr grosser Mehrheit.) Grundsätzlich eher positiv steht dafür die Arbeitsgemeinschaft der grossen Hilfswerke einem Beitritt gegenüber; diese besteht aus „Swissaid“, „Helvetas“, „Fastenopfer“ und „Brot für Brüder“.

Die *entwicklungspolitischen Gründe*

für die Ablehnung der IWF-Politik sind klar. In der aktuellen Verschuldungskrise spielt der Währungsfonds die Rolle eines Betreibungsamts für die Geschäftsbanken. Seine wirtschaftlichen „Sanierungsprogramme“ führen regelmässig zu einer ungeheuren Verelendung breiter Bevölkerungsschichten – und nicht selten auch zu einer Zerstörung der industriellen Ansätze dieser Länder. Zwar ist es klar, dass die Drittwelt-Länder ihre Wirtschaftsstrukturen den veränderten weltweiten Bedingungen anpassen müssen. Doch sollte dies nicht durch eine brutale Marktöffnung und eine Umverteilung nach oben geschehen, sondern durch eine Beteiligung und Mobilisierung der Bevölkerung, eine Umverteilung von Macht und Landbesitz nach unten. Zudem sollten die Kosten dieser Anpassung nicht einseitig auf der Dritten Welt lasten. Der IWF jedoch ist ein einseitiger Vertreter der Gläubigerinteressen. (Ein hoher schweizerischer Beamter bezeichnete ihn 1987 richtigerweise als „Polizist für die Ordnung der Währungsverhältnisse in der Welt“.)

Die oben erwähnten *Hilfswerke* wären sehr wahrscheinlich mit dieser Kritik am IWF einverstanden. Sie befürworteten jedoch dennoch einen schweizerischen IWF-Beitritt aus taktischen Gründen, wie sie sagen. Ihr entwicklungspolitischer Koordinator, Richard Gerster, vertrat in einem Gespräch, das auszugsweise in der Zeitschrift „mosquito“ (7/1987) veröffentlicht wurde, die „Grundhaltung, dass Mitmachen besser ist als Abseitsstehen“. Dahinter steckt die Hoffnung, dass die Hilfswerke zukünftig die Entwicklungs- und Währungspolitik der Schweiz positiv beeinflussen könnten — und sich diese dann innerhalb des IWF für eine fortschrittlichere Politik einsetzen würde.

Natürlich ist dies eine sehr *schwache Hoffnung*. Ein hoher UNCTAD-Vertreter meinte 1981, dass sich die Nicht-Mitgliedschaft der Schweiz beim Fonds „eher positiv“ auswirke, weil sich diese „bei Finanzfragen fast immer *im Lager der konservativsten Industrieländer*“ befinde. Seither hat sich diese Einschät-

zung mehrfach bestätigt. Die Nationalbank-Präsidenten Leutwiler und Languetin haben Forderungen nach „entwicklungspolitischen Leitplanken“ für die Beziehungen zum IWF klar zurückgewiesen. Im Herbst 1987 hielt es der Bundesrat nicht für nötig, an einer Konferenz über die sozialen Auswirkungen von Fonds-Programmen teilzunehmen. Und an der letzten UNCTAD-Konferenz hat er sich (unisono mit den Regierungen der übrigen Industrieländer) geweigert, zur Frage der Verschuldung überhaupt Stellung zu beziehen.

Natürlich sind diese Tatsachen auch den Hilfswerken bekannt. Ihre befürwortende Haltung ist denn auch eher eine zwangsläufige Konsequenz ihrer *generellen politischen Strategie*. — Wie sieht diese Strategie aus? Zentral sind darin die guten Beziehungen zu den zuständigen Verwaltungsstellen. Ihr Koordinator Richard Gerster baut darauf, dass es dort „auch im entwicklungspolitischen Bereich einen gewissen *Spielraum*“ für fortschrittliche Lösungen im Sinne einer entwicklungspolitischen Lobby-Arbeit zu nutzen gebe. Eine solche Tätigkeit basiert auf häufigen Gesprächen und anderen Kontakten mit der Verwaltung; ihre Voraussetzungen sind Geduld, Kompromissbereitschaft — und das Vermeiden jeder Konfrontation. Der Verzicht auf die Gegnerschaft zum IWF-Beitritt ist die logische Konsequenz einer solchen Haltung, die auf die Zusammenarbeit und das Vertrauen des Verwaltungsapparats baut.

In den relativ komplizierten Politik-Bereichen der Entwicklungszusammenarbeit, der Exportfinanzierung oder der Handelspolitik ist eine solche Strategie wohl zweckmässig. Gerade Richard Gerster spielt seine Rolle geschickt und kompetent; in relativ grossen Teilen von Verwaltung und Politik wird auf seine Stimme gehört. Dennoch hat die Strategie der Hilfswerke *zwei gewichtige, ja entscheidende Haken*. Einerseits haben zahllose Beispiele gezeigt, dass in der Schweiz der „*Spielraum*“ für fortschrittliche Lösungen

dort aufhört, wo die starken *wirtschaftlichen Interessen* beginnen. Um ihren „Spielraum“ in der Entwicklungspolitik zu vergrössern, setzen die Hilfswerke gezielt auf die Zusammenarbeit mit den fortschrittlicheren Parlamentsmitgliedern des bürgerlichen Lagers. Doch gerade in Fragen, die Wirtschaftsinteressen tangieren, kippen diese regelmässig wieder um. (Beispielsweise wandten sie sich gegen die Unterstellung der Pilatus Porter unter das Waffenausfuhrgesetz oder gegen den Courant normal für die Geschäfte mit Südafrika.) Die entwicklungspolitische Überzeugungsarbeit, die auf bürgerlichen Idealismus setzt, stösst sehr schnell auf klare, vorgegebene Grenzen.

Andererseits ist die Strategie der Hilfswerke nicht in der Lage, den vorhandenen „Spielraum“ zu erweitern. Die privaten Interessengruppen, die die schweizerische Aussenwirtschaftspolitik beherrschen, gedeihen bestens in der Diskretion; angefochten werden können sie nur durch öffentlichen Druck. (Eine Studie, die demnächst erscheinen soll, zeigt beispielsweise auf, wie das Waffenausfuhrgesetz genau so lange konsequent angewandt wurde, wie der öffentliche Druck dazu bestand [vgl. Peter Hug: Schweizerische Rüstungsindustrie, Waffenhandel und Friedenspolitik. 1988]. Durch den Verzicht auf offene Konflikte haben gerade die Hilfswerke dazu beigetragen, dass die Beziehungen zur Dritten Welt *in der breiteren Öffentlichkeit kein Thema* sind. Denn öffentlicher Druck entsteht dann, wenn Interessengegensätze offengelegt werden, wenn Konflikte ausgetragen werden (selbst wenn dies unter Umständen kurzfristig zu kontraproduktiven Ergebnissen führen kann).

Öffentlicher Druck wird in Entscheidungsprozessen insbesondere dann wirksam und zur Kenntnis genommen, wenn er *referendumsfähig* ist. Das Thema IWF eignet sich aus diesem Grund besonders gut — wie eine Art Kristallisationskern —, eine breite Widerstandsbewegung gegen die schweizerische Aussenwirtschaftspolitik zu mobilisieren. Auch was *andere Themen* be-

trifft, sollte doch die Drittwelt-Bewegung noch verstärkten öffentlichen Druck herstellen können: bei der Verschuldungsfrage (Kapitalflucht, Entschuldung), bei den Exporten von Waffen und Atommaterial, von Pestiziden und Medikamenten, mit der Sanktionsforderung gegen Südafrika, bei den schweizerischen Grossprojekten in der Dritten Welt (z.B. Atatürk), eventuell bei den Rohstoffimporten.

Sinnigerweise erzielten auch die Hilfswerke einen ihrer grössten Erfolge, als sie 1983 einmal den Weg über die Öffentlichkeit wählten: Ihre Petition für die Entwicklungszusammenarbeit, für die sie über 200'000 Unterschriften sammelten, trug mit dazu bei, dass diese Zahlungen kontinuierlich erhöht wurden. Allerdings war diese Forderung nur finanzpolitisch umstritten.

Eine Strategie, die durch die Zusammenarbeit mit der Drittwelt-Bewegung und durch die Mobilisierung der öffentlichen Meinung Einfluss zu nehmen versucht, vertreten fortschrittliche entwicklungspolitische Organisationen wie die *Erklärung von Bern*. Dies kann zur Arbeitsteilung, aber — wie in der Frage des IWF-Beitritts — auch zu politischen Kollisionen mit der Haltung der Hilfswerke führen. Die Mobilisierung eines verstärkten öffentlichen Drucks ist das mittelfristige Ziel dieser Organisationen. Darüberhinaus verstehen sie sich jeodch als Teil einer *weitergehenden gesellschaftlichen Opposition*. Denn ohne eine längerfristige Strategie zur Veränderung der ganzen Gesellschaft ist eine grundsätzliche Veränderung der ökonomischen, politischen und kulturellen Beziehungen zur Dritten Welt nicht möglich.

Seit 20 Jahren ist die *Erklärung von Bern* (vgl.: Die Schweiz und die Entwicklungsländer. 1968) eine zentrale Ideen- und Informationsquelle der schweizerischen entwicklungspolitischen Bewegung und eine Lobby gegenüber Bundesrat und Parlament. Ihr wichtigster Wahlspruch lautet: „Es kommt weniger drauf an, mehr zu geben, als weniger zu nehmen.“ Sie ist hauptsächlich in den Bereichen Wirt-

schaftsbeziehungen Schweiz – Dritte Welt, Ernährung und Konsum, Gesundheit/Medikamente sowie Kultur/Literatur aktiv.

Unter dem Titel „Auf Schleichwegen zum IWF?“ hat sie im Februar 1988 eine kleine Dokumentation herausgegeben. Diese befasst sich mit der internationalen Verschuldungskrise und der Rolle der Schweiz (und ist gratis erhältlich). Im Juni erscheint ihre Broschüre „Filz“ (ca. 60 S., ca. Fr. 8.—). In ihr werden die schweizerische Aussenwirtschaftspolitik und ihre Mechanismen behandelt. Als Hintergrundslektüre

zum Thema eignet sich ausserdem das Buch „Warum sie so arm sind“ von Rudolf Strahm (217 S., Fr. 15.90).

Um ihre Anliegen zukünftig mit mehr Gewicht vertreten zu können, führt die EvB gegenwärtig eine Mitgliederkampagne durch (im Mitgliederbeitrag von 30 Franken ist ein Rundbrief enthalten, der fünfmal jährlich erscheint. Jedes Mal liegt ihm eine Dokumentation zu einem entwicklungspolitischen Thema bei. Informationen erteilt: Erklärung von Bern, Quellenstr. 25, 8005 Zürich).

Peter Bosshard

**Aufruf zur Mitarbeit und Teilnahme am Kongress
Verschuldung, IWF – und wir in der Schweiz?**

Am 1./2. Oktober in der Roten Fabrik, Zürich.

Diskussion in Arbeitsgruppen über u.a.: Internationale Arbeitsteilung — Werkplatz Schweiz; Auswirkungen auf die CH-Bevölkerung; Verschuldung — und Frauen, Gewerkschaften, Ökologie, Migration, Widerstandsbewegungen in der 3. Welt. Es lädt ein die Vorbereitungsgruppe: Aktion Finanzplatz Schweiz – Dritte Welt, Centrale Sanitaire Suisse, Erklärung von Bern, Nicaragua-/El Salvador-Komitee, Vereinigung Schweiz-Vietnam, Schweiz-Kuba, Volksuni Zürich, Zentralamerika-Sekretariat, SAH. Information: J. Weis, 01 / 493 18 40.

Buchhandlung am Zürichberg

Bücher ♦ Antiquariat ♦ Papeterie

für

Literatur, Politik, Zeitgeschichte

Unsere Dienstleistungen:

Besorgung aller lieferbaren Bücher
Prompter Versand gegen Rechnung
Antiquarischer Büchersuchdienst

Der besondere Tip:

Thomas Schmid (Hrsg): Entstaatlichung
Neue Perspektiven auf das Gemeinwesen
Klaus Wagenbach Verlag Fr. 15.--

Zürichbergstr. 17 Tel. 01 / 47 57 33
8028 Zürich PC 80-62 749-9